



## **Niederschrift**

**-öffentlich-**

**über die**

## **Sitzung des Sozialausschusses**

---

Sitzungsdatum: Montag, den 05.07.2021  
Beginn: 14:00 Uhr  
Ende: 15:16 Uhr  
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa

Hoffmann, Thomas

Kuhn, Barbara

Schenk, Markus

Wild, Martina

Zorn, Sebastian

Vertretung für Frau Sarah Braunreuther

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Feiler, Josefine

anwesend bis 14:50 Uhr

Klafke-Fernholz, Julia

Meixner, Josef

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Felix

Kinzinger, Lioba

Mitglieder der SPD Fraktion

Eck, Joachim

Linsenbreder, Eva

anwesend ab 15:08 Uhr

Mitglieder der FDP

Kuhl, Florian

Schriftführer/in

Dresel, Lucia

**Weitere Anwesende:**

1 Vertreter der Medien

3 Zuhörer:

**Dozenten zu TOPs:**

Frau Weber, Halma, zu TOP 1

Frau Opfermann zu TOP 2, 3

Herr Rostek zu TOP 5

Herr Kothe zu TOP 6, 7, 8

**vom Landratsamt:**

GB 3 Frau Opfermann

GB 4 Herr Huppmann

FB 41 Herr Schumacher

FB 42 Frau Lauer

FB 43 Herr Kothe

SFB 3 Herr Kesselhut

SFB 3 Herr Schuster

FB 31 c Herr Rostek

FB 31 c Frau Hölz

GB 2 Herr Dr. Kaufmann

Behindertenbeauftragter Herr Joßberger

**Abwesend/Entschuldigt:**

**Mitglieder der CSU Fraktion**

Braunreuther, Sarah

entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- |    |   |                        |
|----|---|------------------------|
| 1. | Vorstellung HALMA e.V.  | <b>GB 3/090/2021/1</b> |
| 2. | Zuschussantrag 2021 Flüchtlings- und Integrationsberatung Caritas | <b>GB 3/094/2021</b>   |
| 3. | Kooperation mit dem Bezirk Unterfranken gem. Art. 84 AGSG         | <b>GB 3/095/2021</b>   |
| 4. | Vorstellung Büro für Chancengleichheit                            | <b>GB 3/096/2021</b>   |
| 5. | Bildungsregion Landkreis Würzburg - Sachstandsbericht             | <b>FB 31c/093/2021</b> |
| 6. | Eingliederungsbericht 2020  | <b>FB 43/030/2021</b>  |
| 7. | Maßnahmenplanung 2021   | <b>FB 43/031/2021</b>  |
| 8. | Gleichstellung SGB II   | <b>FB 43/032/2021</b>  |
| 9. | Sonstiges   |                        |

**Landrat Thomas Eberth** begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: GB 3/090/2021/1</b>
		<b>TOP 1</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Geschäftsbereich 3

Betreff:

**Vorstellung HALMA e.V.**

**Anlage/n:** Präsentation

**Sachverhalt:**

Der Trägerverein HALMA e.V. – Hilfen für alte Menschen im Alltag – ist ein Zusammenschluss der Stadt Würzburg, der fünf Würzburger Wohlfahrtsverbände: Arbeiterwohlfahrt, Bayerisches Rotes Kreuz, Caritasverband, Diakonisches Werk und Paritätischer Wohlfahrtsverband sowie der Alzheimer Gesellschaft Würzburg/ Unterfranken, der Stiftung Juliusspital, des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg und der Stiftung Bürgerspital zum Hl. Geist Würzburg.

Seit 27 Jahren arbeitet die Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsstelle im Bereich der Gerontopsychiatrie. Mit der Gründung des Trägervereins HALMA e.V. schlossen sich die Einrichtungen der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, die im Bereich der Altenhilfe und der Sozialpsychiatrie tätig sind, zu einem Verein zusammen, um gemeinsam Versorgungsstrukturen für diese schwierige Klientel zu entwickeln und auszubauen.

Mit den fünf Arbeitsbereichen (Einzelfallarbeit, Arbeit mit pflegenden Angehörigen, Helferkreis Fortbildung, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit) entwickelte die Beratungsstelle verschiedene Formate, die unterfrankenweit ausstrahlten. Die Übernahme der Fachstelle für Demenz und Pflege Unterfranken (Bay. Modell) führte dazu, dass der Aufgabenschwerpunkt, interessierte Träger beim Aufbau demenzspezifischer Angebote und Formate zu unterstützen, weiter vorangetrieben wird.

In der Sitzung am 15.3.2021 stellt sich die Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsstelle mit ihren unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten und Projekten dem Sozialhilfeausschuss des Landkreises Würzburg vor.

**Debatte:**

**Frau Weber** von Halma trug die Präsentation vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: GB 3/094/2021</b>
		<b>TOP 2</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Geschäftsbereich 3

Betreff:

**Zuschussantrag 2021 Flüchtlings- und Integrationsberatung Caritas**

**Anlage/n:** Präsentation

**Sachverhalt:**

Die Flüchtlings- und Integrationsberatung im Landkreis Würzburg wurde und wird durch den Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. durchgeführt. Für den Landkreis Würzburg sind derzeit zwei Vollzeitkräfte tätig. Beide Stellen werden im Rahmen der 2. Richtlinie für die Förderung der sozialen Beratung, Betreuung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Beratungs- und Integrationsrichtlinie – BIR) vom 29. September 2020 BayMBI Nr. 568) gefördert.

Im Haushaltsjahr 2020 erfolgte eine erstmalige Zuwendung in Höhe von 17.500 €. Am 18.11.2020 wandte sich der Caritasverband Würzburg mit einem Antrag auf Fördermittel für die Beratung von Migranten an den Landkreis. Die Antragssumme beträgt 34.164 €, welches der Höhe der möglichen Drittmittel entspricht. Dies entspricht einer Erhöhung um 16.644 €.

Im Jahr 2020 war der Caritasverband durch die Vorgaben des Generalvikars seitens des Bischöflichen Ordinariats in der Pflicht 50% der möglichen Drittmittel einzuwerben. Nachdem ab 2021 die zusätzlichen Mittel für Personalkosten aus dem Bischöflichen Ordinariat gestoppt wurden, ist der Caritasverband gezwungen die gesamte Summe der möglichen Drittmittel zu beantragen.

Eine anderweitige Drittmittelfinanzierung durch andere Finanzierungsstützen konnte nicht akquiriert werden.

Die Verwaltung wollte aufgrund der nahezu Verdopplung des beantragten Zuwendungsbeitrages, den Antrag zunächst kritisch prüfen. Daher erfolgte kein Beschluss in der Haushalts-sitzung des Kreistages am 01.03.2021, sondern sollte zunächst zur Beratung in den Sozial-ausschuss. Ein entsprechender Haushaltsansatz wurde vorsichtshalber in den Haushalts-plan 2021 aufgenommen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss stimmt dem Antrag des Caritasverbandes Würzburg zu. Die erforderli-chen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan des Jahres 2021 eingestellt. Über eine erforder-liche Förderung ist jährlich auf Antrag des Caritasverbandes zu entscheiden.

### Debatte:

**Frau Opfermann** stellte die Präsentation vor.

**Frau Behon** stellte die Frage, wie es sich mit der finanziellen Beteiligung der Stadt Würzburg an den Kosten verhält, da sie in der Präsentation sah, dass Beratungen auch in dezentralen Unterkünften der Stadt Würzburg angeboten werden.

Dies stellte sich jedoch als Missverständnis heraus, da alle Beratungen ausschließlich in den dezentralen Unterkünften des Landkreises stattfinden.

**Herr Eck** sei davon überzeugt, dass es gut investiertes Geld sei, präventiv in Beratung und Unterstützung zu investieren.

Zuletzt hatte **Herr Kuhl** noch die Rückfrage, ob es richtig sei, dass trotz dessen noch Beratung in der Stadt Würzburg stattfinde. Diesbezüglich liegen Frau Opfermann keine Zahlen vor. Fakt ist jedoch, dass das Büro der Caritas in der Stadt Würzburg liege und diese wohl keinen Menschen abweisen würden.

### Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt dem Antrag des Caritasverbandes Würzburg zu. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan des Jahres 2021 eingestellt. Über eine erforderliche Förderung ist jährlich auf Antrag des Caritasverbandes zu entscheiden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: SA/2021.07.05/Ö-2

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r



<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: GB 3/095/2021</b>
		<b>TOP 3</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Geschäftsbereich 3

Betreff:

**Kooperation mit dem Bezirk Unterfranken gem. Art. 84 AGSG**

**Anlage/n:** Kooperationsvereinbarung Bezirk

**Sachverhalt:**

In der Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der örtlichen Sozialhilfeträger Unterfranken am 27.04.2021 wurde die Kooperationsvereinbarung nach Art. 84 Abs.3 bzw. Art. 66 d AGSG besprochen und im Anschluss an alle Sozialhilfeträger Unterfrankens weitergeleitet.

Das Landratsamt Würzburg wird der Vereinbarung zur sozialräumlichen Kooperation in Unterfranken beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Zustimmungserklärung durch Herrn Landrat Eberth, die er bereits unterschrieben hat.

Sinn und Zweck der Kooperationsvereinbarung ist es die bestehenden Strukturen durch eine Kooperationsvereinbarung zu manifestieren.

Die festgelegten Kooperationsbereiche sind

a) Senioren

- Beratung
- Pflegebedarfsplanung
- Angebote für besondere Zielgruppen
- Begegnungs- und Freizeitangebote
- Wohnortnahe Versorgung und Mobilität
- Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkraftbindung und –gewinnung
- Zusammenarbeit bei der Erstellung, Umsetzung und Evaluierung von seniorenpolitischen Konzepten und Maßnahmen

b) Menschen mit Behinderung

- Wohnraum für Menschen mit Behinderung
- Lokal bedarfsorientierte Angebote der Eingliederungshilfe
- Zusammenarbeit bei der Erstellung, Umsetzung und Evaluierung etwaiger Aktionspläne und Aktivitäten zur Inklusion
- Begegnungs- und Freizeitangebote
- Wohnortnahe Versorgung, Mobilität
- Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkraftbindung und -gewinnung

Die Kooperationsvereinbarung tritt zum 01.07.2021 in Kraft und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht von einer der Vertragsparteien sechs Monate zum Ende des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

**Debatte:**

**Frau Opfermann** stellt die Kooperationsvereinbarung vor.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: GB 3/096/2021</b>
		<b>TOP 4</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Geschäftsbereich 3

Betreff:

**Vorstellung Büro für Chancengleichheit**

**Sachverhalt:**

Schon seit längerer Zeit wird fachpolitisch diskutiert, den Veränderungsansatz der interkulturellen Orientierung und Öffnung von Kommunen mit Fokus auf Menschen mit Migrationsbiografie um weitere Vielfaltsdimensionen zu erweitern. Mit Ämtern für Gleichstellung, für Vielfalt oder ähnlichen Organisationseinheiten, die über die Geschlechterfrage hinausgehen, gibt es in Bayern, als auch in Unterfranken, erste Kommunen, die bereits gute Erfahrungen mit der Etablierung einer Organisationseinheit zur Bündelung der Aufgaben gemacht haben. Auch Landrat Eberth hat sich dieses Thema zu eigen gemacht und sich dazu entschlossen ein „Büro für Chancengleichheit“ ins Leben zu rufen. Dabei greift er auf bestehende Ressourcen im Landratsamt Würzburg zurück. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Schiller hat die Leitung übernommen und ist zukünftig in Personalunion für die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Integration, Inklusion und sexuelle Orientierung (LSBTIQ) zuständig: Managing Diversity, d.h. die Gestaltung von Vielfalt, gehört strukturell wegen ihrer Querschnittsfunktion zur Verwaltungsspitze und ist damit beim Landrat richtig angesiedelt. Gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten Ernst Joßberger sowie der Bereitschaft der anderen Fachbereiche soll eine erfolgreiche Arbeit durch eine konstruktive Kooperation erreicht werden. Zusätzlich unterstützt bis 31.10.2021 Herr Schnitzler als Integrationsbeauftragter des Landkreises Würzburg das Büro für Chancengleichheit mit seiner Expertise. Denn auch die Weiterführung des Integrationskonzepts kann somit in einem Expertenumfeld fortgeführt werden und von der Vielfältigkeit der Organisationseinheit profitieren. Durch die Bündelung der Ressourcen sollen Synergien, etwa bei den Verwaltungsaufgaben, erzeugt und damit mehr Effektivität und Effizienz gewonnen sowie eine bessere gegenseitige Information erreicht werden.

Die Zusammenführung verschiedener Querschnittsfelder schafft mehr Gewicht und erleichtert die Öffnung der Verwaltung für diese Themen. Im Vordergrund stehen die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und die Schaffung und Erhaltung positiver Lebensbedingungen. Das soll durch den Abbau von Zugangsbarrieren und den Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus sowie einen gezielten Nachteilsausgleich geschehen. Es geht um die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Förderung von Vielfalt.

Durch die synergetische Bündelung von Ressourcen werden die Vielfaltsthemen in dieser Konzentration sichtbarer als durch einzelne Beauftragte.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

**Debatte:**

**Landrat Eberth** trägt den Sachstand vor.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: FB 31c/093/2021</b>
		<b>TOP 5</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Kinder-, Jugend- und Familienarbeit mit Servicestellen Ehrenamt und Sport (FB 31c)

Betreff:

**Bildungsregion Landkreis Würzburg - Sachstandsbericht**

**Sachverhalt:**

In seiner Sitzung am 19.10.2020 hat der Sozialausschuss das Thema Bildungsplanung als Aufgabe der Landkreisverwaltung beraten und dem Kreistag empfohlen, gemeinsam mit der Stadt Würzburg in das Bewerbungsverfahren um die Bayerische Bildungsregion einzusteigen. Die nötige Personal- und Sachausstattung hat der Kreistag i.R.s. Haushaltsberatungen am 01.03.2021 bewilligt. In der Sitzung des Kreistages am 10.05.2021 wurde formell das Bewerbungsverfahren zur Bildungsregion als interkommunales Anliegen von Stadt und Landkreis Würzburg beschlossen. Der Stadtrat wird in Kürze diesem Beschluss folgen, die entsprechenden Gremien der Stadt haben bereits zugestimmt.

Projektbegleitend ist die Regierung von Unterfranken für uns Ansprechpartner. Grundlage der Bewerbung sind die Vorgaben des Bay. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Demnach ist der Bewerbungsprozess eng gekoppelt an die Jugendhilfeplanung, der Jugendhilfeausschuss ist als beratendes und beschlussfassendes Gremium vorgesehen. Davon, so die Aussage der Regierung von Unterfranken, könne auch nicht abgewichen werden. Deshalb werden alle weiteren Vorgänge an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Sollten die Mitglieder des Sozialausschusses eine weitere Prozessbeteiligung wünschen, könnte dies auf zwei Wegen ermöglicht werden:

- Regelmäßige Berichterstattung im Sozialausschuss
- Einladung der Mitglieder des Sozialausschusses (neben den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses) zur Mitwirkung in den Planungssäulen

**Debatte:**

**Herr Rostek** stellte den Sachverhalt dar.

Es wurde sich darauf geeinigt, dass der Sozialausschuss in regelmäßigen Abständen informiert werden soll.

Aufgrund der fehlenden Tischvorlage stellt **Herr Rostek** mithilfe von **Frau Hölz** mündlich die fünf Planungssäulen vor:

1. Säule „Keiner darf verloren gehen“
2. Säule „Demographie“
3. Säule „Übergänge organisieren“
4. Säule „Außerschulische Bildung“
5. Säule „Junge Gesellschaft stärken“

**Frau Feiler** verließ vorzeitig die Sitzung um 14:50 Uhr.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: FB 43/030/2021</b>
		<b>TOP 6</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Integration Jobcenter Landkreis Würzburg (FB 43)

Betreff:

**Eingliederungsbericht 2020**

**Anlage/n:** Präsentation  
Eingliederungsbericht 2020

**Sachverhalt:**

**Herr Kothe** stellt den Mitgliedern des Sozialausschusses den Jahresbericht des Jobcenters Landkreis Würzburg für das Jahr 2020 vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme wird gebeten.

**Debatte:**

**Herr Kothe** stellte den Eingliederungsbericht 2020 vor.

**Frau Behon** fragte, warum bei der Integrationsquote der U 25-Jährigen im Mai und Juni 2020 ein extremer Einfall war und sich die Kurve aber zum Jahresende 2020 wieder stabilisiert habe. Einflüsse darauf haben die BIK (Berufsintegrationsklassen) oder andere Integrationsmaßnahmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme wird gebeten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: FB 43/031/2021</b>
		<b>TOP 7</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Integration Jobcenter Landkreis Würzburg (FB 43)

Betreff:

**Maßnahmenplanung 2021**

**Sachverhalt:**

Neben den Maßnahmen und Projekten – siehe Eingliederungsbericht - die im Jahr 2020 bereits zum Maßnahmenportfolio gehörten, werden wir weiterhin die Umsetzung des §16i in den Fokus nehmen.

Die Auswirkung der Coronakrise macht sich auch in der Maßnahmenplanung bemerkbar. Derzeit wird mit den Kunden in den gebuchten Maßnahmen meist telefonisch Kontakt (Alternative Lernform) gehalten, in einzelnen Fällen ist ein persönlicher Kontakt vorhanden.

Aktuell ist eine „Erstmaßnahme“ in Planung. Diese sieht vor, dass Kunden bereits bei Antragstellung flankierend Unterstützung durch einen Maßnahmeträger und dem JC erhalten. Da aber die Hygienebestimmungen sehr einschränkend für diese Maßnahme sind, stellen wir den Start – und damit die Ausschreibung (Kosten) – zurück.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Debatte:**

**Herr Kothe** stellte den Sachverhalt dar.

**Frau Linsenbreder** besuchte die Sitzung verspätet um 15.08 Uhr.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r



<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage: FB 43/032/2021</b>
		<b>TOP 8</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Integration Jobcenter Landkreis Würzburg (FB 43)

Betreff:

**Gleichstellung SGB II**

**Anlage/n:**      Faktenblatt Statistik

**Sachverhalt:**

Herr Kothe stellt den Mitgliedern des Sozialausschusses das Faktenblatt „Gleichstellung im SGB II“ vor und erläutert die Zahlenwerte.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme wird gebeten.

**Debatte:**

**Herr Kothe** stellte den Sachverhalt dar.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss wird um Kenntnisnahme wird gebeten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r

<b>Sozialausschuss</b>	<b>Termin</b> <b>05.07.2021</b>	<b>Vorlage:</b>
		<b>TOP 9</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Sonstiges**

Es gab diesbezüglich keine Anliegen aus dem Gremium.

Somit wurde der öffentliche Teil der Sitzung von Landrat Eberth um 15:15 Uhr geschlossen und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Dresel  
Protokollführer/in

Eberth  
Vorsitzende/r